

Der EuroAirport soll auch Flughafen für Strassburg werden

Mit dem Bahnanschluss würde die Fahrt in die Europastadt nur 50 Minuten dauern – für den Bau winken Gelder aus Paris

PETER SCHENK

Der Anschluss der Bahn an den EuroAirport soll in den nächsten Subventionsvertrag Frankreichs mit der Europastadt Strassburg aufgenommen werden. Die Realisierung des Anschlusses ist bis 2017 möglich.

Jahrzehntelang wurden im Elsass die antagonistischen Interessen von Nord und Süd, von Bas-Rhin und Haut-Rhin, gepflegt. Dazu gehörte auch, dass Strassburg «seinen» Flughafen in Entzheim hatte, Mulhouse hingegen den EuroAirport (EAP) sein Eigen nannte.

Ganz neue Töne gab es gestern bei einem Kolloquium zu hören, das der Förderverein für den Bahnanschluss am EuroAirport («EAP Express») zum Thema «nachhaltige grenzüberschreitende Mobilität, besondere Merkmale von Bahnprojekten» auf dem Flughafen organisiert hatte. «Der Bahnanschluss betrifft das ganze Elsass. Er ist prioritär», sagte Philippe Richert, französischer Minister für Gebietskörperschaften und Präsident des Regionalrates Elsass.

Er betonte zwar, dass er dem Flughafen Strassburg-Entzheim keineswegs die Existenzberechtigung absprechen wolle, es sei aber «einfältig», die europäische Bedeutung des EAP mit seinen 80 Destinationen und bald fünf Millionen Passagieren jährlich nicht zu berücksichtigen. Entzheim hatte 2010 nur rund eine Million Passagiere und bietet Linienflüge nach 23 Destinationen an.

BESSER ERREICHBAR. Seit vielen Jahren fürchtet Strassburg, Sitz des Europaparlaments, die Abwanderung von Par-

lamentssitzungen nach Brüssel. Etliche Europaparlamentarier schätzen die Arbeitsbedingungen dort als besser ein, ausserdem gilt die belgische Hauptstadt als besser erreichbar als Strassburg.

Die Verbesserung der Erreichbarkeit ist denn auch das Hauptziel der Dreijahresverträge, die regelmässig zwischen dem französischen Staat, der Stadt Strassburg sowie der Agglomeration Strassburg abgeschlossen werden. Der letzte Vertrag für die Zeitspanne 2009 bis 2011 sieht dafür immerhin Gelder von derzeit umgerechnet knapp 310 Millionen Franken vor. Richert kündigte gestern an, er wolle den EAP-Bahnanschluss in den nächsten Subventionsvertrag für die Europastadt Strassburg aufnehmen. Wenn Strassburg vom EAP in weniger als einer Stunde zu erreichen sei, sei dies möglich.

Tatsächlich geht Luc Gaillet, Projektdirektor Schienenanschluss des EAP, davon aus, dass die Fahrt nach Fertigstellung des Bahnanschlusses noch 50 Minuten dauern würde. «Er könnte bis 2017 fertig sein. Das ist technisch machbar», betonte Gaillet. Bei einem Baubeginn 2014 oder 2015 könnte so auch der vom Basler Regierungspräsidenten Guy Morin angemahnte Zeitrahmen für die vom Bund zugesagten Zahlungen von 25 Millionen Franken eingehalten werden – Bedingung ist ein Baubeginn bis spätestens 2015.

270 MILLIONEN. Die bisherigen Planungen gehen von einer Neubaustrecke von ungefähr sieben Kilometern aus. Sie verlässt die bisherige Linienführung

nördlich von Saint-Louis; der Bahnhof ist direkt beim Flughafengebäude vorgesehen. Die Kosten für den Bahnanschluss wurden bisher mit 240 bis 270 Millionen Franken angegeben, aktuellere Zahlen sollten bei der nächsten Sitzung des Pilotausschusses im September vorliegen. Die Vorstudien werden voraussichtlich bis Ende Jahr abgeschlossen sein.

Mehrmals thematisiert wurde auf dem Kolloquium die fehlende Rechtssicherheit im Schweizer Sektor des EAP, von der insgesamt 74 Unternehmen mit 5200 Arbeitsplätzen betroffen sind. Sollte statt dem bisher angewandten Schweizer Arbeitsrecht das restriktivere französische Arbeitsrecht eingeführt werden, könnten etliche Arbeitsplätze verloren gehen.

Philippe Richert betonte, dass sich mit Premierminister François Fillon und Staatspräsident Nicolas Sarkozy die höchsten Spitzen des Staates des «schwierigen» Dossiers angenommen hätten. «Sie haben verstanden, dass wir eine realistische und programmatische Lösung finden müssen.» Richert gab sich überzeugt, dass in den kommenden Wochen Lösungsvorschläge vorliegen würden, welche die Grundprinzipien beider Staaten respektieren würden und welche man mit den Schweizer Behörden diskutieren könnte. «Es gilt, möglichst schnell die Unternehmen und die Arbeitnehmer zu beruhigen.»